

Universitätszeitung



Der neuen, sozialistischen
Verfassung der DDR
unser Herz und unsere
sozialistischen Taten

Organ der SED-Kreisleitung Technische Universität Dresden

Nr. 5/68 11. Jahrgang

1. März 1968 Preis 15 Pfg

Gemeinsames Arbeitsprogramm der Technischen Universität Dresden zur Weiterführung des sozialistischen Wettbewerbs 1968

Wie wir unserer sozialistischen Verfassung den Boden bereiten.

Mit dem Kampf um hohe Ziele in der klassenmäßigen Erziehung, der Neuprofilierung der Ausbildung und Forschung und beste Leistungen im Studium des Marxismus-Leninismus und der technisch-wissenschaftlichen Disziplinen leisten Wissenschaftlerkollektive, die FDJ-Studentengruppen und Universitätsbereiche einen entscheidenden Beitrag zur Gestaltung der sozialistischen Universität.

Den Beschluß der Vertrauensleutevollversammlung, das Gemeinsame TU-Arbeitsprogramm für 1968, veröffentlichen wir auf den Seiten 3 und 4.



Mit dem Beschluß der Vertrauensleutevollversammlung über das Gemeinsame TU-Arbeitsprogramm für 1968 hat sich der einheitliche Wettbewerb an der Universität durchgesetzt. Auf der Grundlage der Pläne der Zulassungen, des Absolventenplanes, des Planes der Ausbildung und Erziehung, des Forschungsplanes sowie der Haushaltspläne und des gemeinsamen Programms der staatlichen, gesellschaftlichen und FDJ-Leitungen sind alle Universitätsangehörigen einbezogen.
Foto: Schöffler, TU-Bildstelle

Am 20. Februar 1968 beschloß die Gewerkschaftsvertrauensleutevollversammlung unserer Universität das Wettbewerbsprogramm für das Jahr 1968, das Gemeinsame Arbeitsprogramm der Universität, vereinbart zwischen staatlicher, Gewerkschafts- und FDJ-Leitung der Universität. Es ist das erste Gemeinsame Arbeitsprogramm der Universität. Der Entwurf stand über zwei Monate in den staatlichen Leitungen, Gewerkschafts- und FDJ-Gruppen zur öffentlichen Diskussion. Viele Vorschläge und Ergänzungen wurden eingereicht und konnten eingearbeitet werden. Zusammen mit den ebenfalls einstimmig beschlossenen „Betrieblichen Dokumenten“, in denen die wichtigsten Aufgaben zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen, zur Frauenförderung und zur Förderung der Jugend festgehalten sind, ist es die Grundlage des sozialistischen Massenwettbewerbs für alle Bereiche der Universität.

Die Vertrauensleutevollversammlung beschloß, dem Beispiel der Gewerkschaftsvertrauensleute des Kabelwerkes Oberspreewald folgend, den in Auswertung des VII. Parteitag und zu Ehren des 50. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution begonnenen sozialistischen Wettbewerb an unserer Universität weiterzuführen unter der Losung:

„Klassenmäßig erziehen, mit höchstem Niveau lehren, fleißig studieren, effektiver forschen – für dich, für das Ansehen deiner Universität, für unseren sozialistischen Friedensstaat – dem 20. Jahrestag der DDR entgegen.“

Wir stützen uns dabei auf die über 50 Kollektive, die den Kampf um den Titel „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“ und über 88 Kollektive, die den Kampf um den Titel „Sozialistisches Studentenkollektiv“ aufgenommen haben, und auf weitere Kollektive, die den Kampf um den Titel vorbereiten. Die Vertrauensleute brachten einstimmig zum Ausdruck: Wie

die Kollegen des Kabelwerkes Oberspreewald, so wollen auch wir den Entwurf der sozialistischen Verfassung der DDR zum Anlaß nehmen, uns mit neuen sozialistischen Taten auf den 20. Jahrestag der DDR vorzubereiten. Der Entwurf unserer neuen Verfassung spornt uns an, im sozialistischen Wettbewerb noch bessere Leistungen in allen Bereichen und auf allen Gebieten unserer Arbeit zu erreichen. Mit unserer neuen Verfassung werden wir die vom VII. Parteitag der SED im Hochschulwesen gestellten Aufgaben noch zielstrebig lösen.

Als vor genau einem Jahr die Be-

und 2 des Artikels 43 heißt, als umfassende Klassenorganisation der Arbeiter, Angestellten und der sozialistischen Intelligenz die Interessens der Werktätigen durch umfassende Mitbestimmung in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft wahren und uns niemand in unserer Tätigkeit einschränken und behindern darf, wird nunmehr Staatsrecht. Das ist eine Entwicklung, die wir uns selbst erhofft und erarbeitet haben und von der unsere Kollegen im westdeutschen DGB heute erst nur träumen können.

So zeigt sich allein schon an diesem einen Artikel, wie wir in unserer neuen

Ergebnisse in Erziehung, Lehre, Forschung und auf allen anderen Arbeitsgebieten des wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Bereichs.

Mit unserem ersten Gemeinsamen Arbeitsprogramm der Universität, den Gemeinsamen Arbeitsprogrammen der Fakultäten, Institute, Verwaltungs- und Dienstleistungsabteilungen und durch unsere aktive Tätigkeit im Senat, den Fakultätsräten, den Räten der Institute und Sektionen und in vielfältigen weiteren Formen verwirklichen wir, was im Absatz 3 des Kapitels 43 des Verfassungsentwurfs ebenfalls zum höchsten Recht erhoben wird: Wir nehmen maßgeblich teil ... an der Lösung der Aufgaben im entwickelten gesellschaftlichen System des Sozialismus, der wissenschaftlich-technischen Revolution, an der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, an der Gestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen, der Arbeitskultur, des geistig-kulturellen und sportlichen Lebens der Werktätigen ...

Fast stimmt diese Formulierung im Verfassungsentwurf mit der Gliederung unseres Wettbewerbsdokuments überein. Das unterstreicht, daß wir nicht nur über unsere neue Verfassung diskutieren, sondern dabei sind, bereits ein gutes Stück der Verfassungswirklichkeit auch an unserer Universität durch gute sozialistische Taten zu gestalten.

Der Entwurf der sozialistischen Verfassung unserer DDR, des sozialistischen Staates deutscher Nation, ist eine überzeugende Dokumentation der Tatsache, daß in der von uns in harter Arbeit geschaffenen sozialistischen Ordnung Wissenschaft, Forschung und die Anwendung ihrer Erkenntnisse nicht nur eine dem humanistischen Anliegen der Wissenschaft entsprechende Heimat gefunden haben, sondern darüber hinaus zu wesentlichen Grundlagen der sozialistischen Gesellschaft geworden sind.

Deshalb beschloß die Vertrauensleutevollversammlung, im Wettbewerbsprogramm

Wie soll der sozialistische Wettbewerb geführt werden?

Von Genossen Dr. phil. Rudi Nicko, Vorsitzender der Universitätsgewerkschaftsleitung

betrieblichen Dokumente 1967 beraten wurden, hieß es im Referat der UGL: „Mit dem VII. Parteitag treten wir in eine neue Etappe der gesellschaftlichen Entwicklung in unserer DDR ein, in der die Rolle unserer Gewerkschaften als Klassenorganisation gesetzlich wachsen wird.“

Der vorliegende Verfassungsentwurf hat unsere damalige Feststellung weit übertrifft.

Während in Westdeutschland unsere Klassenbrüder ihre elementarsten demokratischen Freiheiten und gewerkschaftlichen Rechte gegen die Einseitigkeit der Notstandsverfassung zu verteidigen haben, werden bei uns die Rechte der Gewerkschaften in einem ganzen Kapitel, dem Kapitel 3 der Verfassung, zum höchsten Recht, zum Staatsrecht erhoben.

Daß wir, wie es in den Abschnitten 1

Verfassung das Bild der zukünftigen einheitlichen sozialistischen deutschen Nation vorzeichnen, in der die Hoffnungen und Sehnsüchte aller fortschrittlichen Menschen Westdeutschlands ihre Erfüllung finden werden.

Wir sind uns aber klar darüber, daß es bis dahin noch ein weiter Weg ist, der noch lange und harte Kämpfe der westdeutschen Werktätigen und aller progressiven, friedliebenden Kräfte gegen Imperialismus, Militarismus und Neonazismus erfordert wird. In dieser Klassenauseinandersetzung werden wir immer an der Seite unserer westdeutschen Klassenbrüder stehen und mit ihnen gegen den gemeinsamen Feind, den westdeutschen Imperialismus, kämpfen.

Den besten Beitrag, den wir an der Universität dazu leisten, sind hohe

Verteidigung unserer Republik, Ehrenpflicht jedes Bürgers

Von Genossen Major Werner
und Hauptmann Walter Schmidt

Mein Junge war 2 Jahre alt, als ich im Krieg meinen Mann verlor. Ich habe mir damals geschworen, mein Sohn nimmt nie ein Gewehr in die Hand. Als er kaum 18 war, wollte er zur NVA gehen. Das hat mich einen großen Kampf gekostet. Heute bin ich davon überzeugt, daß wir eine Landesverteidigung brauchen.“ Das sagte Kollegin Ingrid Winkler bei einer Schulung der Frauenkommission zu Problemen des Verfassungsentwurfs und unserer Landesverteidigung.

So wie diese Frau werden sich viele Bürger in der großen Volksausprache um den Verfassungsentwurf ihre Gedanken zum Schutz unserer sozialistischen Heimat machen. Besonders der 50. Jahrestag der Sowjetarmee und der 12. Jahrestag der NVA, die wir in diesen Tagen feiern, geben uns Anlaß, die Probleme der Landesverteidigung neu zu durchdenken.

Mit Freude und Genugtuung nehmen wir zur Kenntnis, daß die enge Waffenbrüderschaft zwischen der NVA, der Sowjetarmee und den anderen sozialistischen Bruderarmeen als eine der politischen Grundlagen unserer Gesellschafts- und Staatsordnung in die Verfassung der DDR aufgenommen werden soll.

Es ist keine Übertreibung, sondern geschichtliche Lehre und persönliche Erkenntnis, wenn wir die deutsch-sowjetische Freundschaft und die Waffenbrüderschaft zwischen den sozialistischen Armeen für die DDR als Existenzfrage betrachten. Darüber hinaus gehört die Festigung der sozialistischen Waffenbrüderschaft zu jenen Faktoren, die die Überlegenheit der sozialistischen Militärkoalition bestimmen und somit die Voraussetzung für die Erhaltung des Friedens bilden.

Der Verfassungsentwurf bezeichnet den Schutz des Friedens und des sozialistischen Vaterlandes als „Recht und Ehrenpflicht der Bürger der DDR. Jeder Bürger ist zum Dienst für die Verteidigung der DDR entsprechend den Gesetzen verpflichtet.“ Zugleich weist der Verfassungsentwurf in jedem einzelnen Artikel nach, daß wir uns in der DDR einen Staat aufgebaut haben, der die verteidigungswürdige Ordnung darstellt, die je auf deutschem Boden existierte. Damit ist jedem Angehörigen der NVA und jedem Bürger unseres Staates ein wahrhaft edles und humanistisches Wehrmotiv gegeben. Auf der Grundlage dieses objektiv vorhandenen Wehrmotivs gilt es, die Aufmerksamkeit ganz besonders auf die klassenmäßige Erziehung der jungen Generation zu lenken – auf die Erziehung zur vorbehaltlosen Parteilichkeit für den Sozialismus. Das ist die erste Aufgabe: sozialistische Wehrerziehung.

Denn aus der Einstellung, sich mit diesem Staat zu identifizieren und sich für sein Gedeihen voll verantwortlich zu fühlen, wächst die Bereitschaft, diesen Staat mit allen Kräften zu verteidigen.

Wer sich heute zum Sozialismus bekennt, ohne zu verstehen, daß wir unsere Arbeit gegen die Zugriffe unserer Feinde schützen müssen, wer nicht begreift, daß man diese Feinde nur in Schranken halten kann, wenn man ihnen eine wirksame und schlagkräftige militärische Kraft entgegensetzt, der hat aus der Geschichte nichts gelernt und verschließt vor den Realitäten der Gegenwart die Augen.

Das erfordert heute, die Aufgaben des 3. Konzils der TU mit höherer Qualität zu verwirklichen. Es heißt dort: „Vor dem gesamten Lehrkörper der TU steht die verantwortungsvolle Aufgabe, den Grundsatz von Bildung und Erziehung auf die sozialistische Wehrerziehung auszuweiten. Unsere Gesellschaft verlangt von den Hochschulen fachlich hochqualifizierte und sozialistische Persönlichkeiten, die in der Arbeit und im Leben ihre ganze Person für das sozialistische Vaterland einsetzen. Das schließt die bewußte Bereitschaft zur Landesverteidigung ein.“

Diese Forderung wird dann zur Wirklichkeit, wenn der Lehrkörper einerseits durch geeignete Maßnahmen befähigt wird, andererseits jeder Angehörige des Lehrkörpers durch intensive Beschäftigung mit militärpolitischen und militärtechnischen Fragen sich selbst befähigt, die Vorlesungen und Seminare mit militärtechnischen und militärpolitischen Aspekten zu durchdringen. Dem zukünftigen Diplomingenieur müssen klare Vorstellungen darüber vermittelt werden, welche Verantwortung er in seinem Tätigkeitsbereich für die Erhöhung der Landesverteidigung trägt. Dazu gehört auch die Herausbildung der Bereitschaft, nach entsprechender militärischer Qualifizierung Aufgaben als Offizier der Reserve in einer seiner fachlichen Ausbildung entsprechenden Waffengattung zu erfüllen.

Jeder Student muß es sich zur ersten Pflicht machen, sich durch das gesellschaftswissenschaftliche Studium und mit Hilfe der FDJ ein solches Staatsbewußtsein zu erwerben, das ihn befähigt, seinen Platz in unserer Gesellschaftsordnung und seine Pflicht zur Landesverteidigung voll zu erkennen. Das wird ihn zu hohen Leistungen beim Studium und besonders bei der Erfüllung der Aufgaben im Studienfach „militärische“ bzw. „vormilitärische Ausbildung“ anspornen. Seine Wehrbereitschaft ist exakt daran meßbar, mit welcher Intensität er sich um den Erwerb militärischer Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten bemüht und wie er seine physische Wehrrüchigung systematisch betreibt.

Die ständig verbesserten Ergebnisse der militärischen und vormilitärischen Lehrgänge beweisen, daß immer mehr Studenten bewußt ihre ganze Kraft zur Erfüllung der wachsenden Anforderungen einsetzen.

Anläßlich des 12. Jahrestages unserer NVA gilt besonders auch ihnen Dank, die sich um die sozialistische Wehrerziehung an der TU verdient gemacht haben.

Fortsetzung Seite 2